

# BUNDESGESETZBLATT

## FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1978

Ausgegeben am 31. August 1978

150. Stück

- 447.** Verordnung: Beurteilung der Leistung der Lehrer, Erzieher und Schulleiter  
**448.** Verordnung: Änderung der Landeslehrer-Amtstitelverordnung 1970  
**449.** Verordnung: Aufbewahrungsfristen von in den Schulen zu führenden Aufzeichnungen  
**450.** Verordnung: Schulfreierklärung des Samstags an einigen Übungsvolksschulen  
**451.** Verordnung: Änderung der Schulzeitverordnung  
**452.** Verordnung: Änderung der Verordnung über die Schulzeit an den Pädagogischen und den Berufspädagogischen Akademien sowie den Akademien für Sozialarbeit

### **447. Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 24. Juli 1978 über die Beurteilung der Leistung der Lehrer, Erzieher und Schulleiter**

Auf Grund des § 41 Abs. 2 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes, BGBl. Nr. 329/1977, und des § 51 Abs. 2 des Landeslehrer-Dienstgesetzes, BGBl. Nr. 245/1962, i. d. F. des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 261/1978 wird im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler verordnet:

§ 1. Diese Verordnung findet auf die in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis stehenden Bundes- und Landeslehrer sowie auf die Erzieher an den dem Bundesminister für Unterricht und Kunst unterstehenden Schulen und Schülerheimen Anwendung.

§ 2. Für die Beurteilung der Leistung der Lehrer werden folgende Merkmale für die Erstellung der Berichte zum Zwecke der Leistungsfeststellung festgelegt:

1. Vermittlung des im Lehrplan vorgeschriebenen Lehrstoffes gemäß dem Stand der Wissenschaft sowie unter Beachtung der dem Unterrichtsgegenstand entsprechenden didaktischen und methodischen Grundsätze,
2. erzieherisches Wirken,
3. die für die Unterrichts- und Erziehungstätigkeit erforderliche Zusammenarbeit mit den anderen Lehrern sowie mit den Erziehungsberechtigten, bei den Berufsschulen überdies mit den Lehrberechtigten,
4. Erfüllung übertragener Funktionen (wie Klassenvorstand, Abteilungsvorstand, Kustos) im Sinne des Schulunterrichtsgesetzes, BGBl. Nr. 139/1974, sowie der administrativen Aufgaben.

§ 3. Bei Religionslehrern ist bezüglich des § 2 Z. 1 der unmittelbare Vorgesetzte im Sinne des

§ 40 Abs. 1 des Beamten-Dienstrechtsgesetzes der von den gesetzlich anerkannten Kirchen und Religionsgemeinschaften Beauftragte, bezüglich des § 2 Z. 2 bis 4 der Schulleiter.

§ 4. Für die Beurteilung der Leistung der Erzieher werden folgende Merkmale für die Erstellung der Berichte zum Zwecke der Leistungsfeststellung festgelegt:

1. erzieherisches Wirken,
2. Kenntnis der Schüler und ihrer Individuallage,
3. die für die Erzieherstätigkeit erforderliche Zusammenarbeit mit den anderen Erziehern, mit den Lehrern der Schüler sowie mit den Erziehungsberechtigten,
4. Erfüllung übertragener Erziehungsaufgaben sowie der administrativen Aufgaben.

§ 5. Bei der Beurteilung der Leistung der Schulleiter ist insbesondere auf die Erfüllung der ihnen gemäß § 56 Abs. 2 bis 4 des Schulunterrichtsgesetzes obliegenden Aufgaben Bedacht zu nehmen. Soweit der Schulleiter Unterricht erteilt, ist auch § 2 zu berücksichtigen.

§ 6. Diese Verordnung tritt mit 1. September 1978 in Kraft.

Sinowatz

### **448. Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 4. August 1978, mit der die Landeslehrer-Amtstitelverordnung 1970 geändert wird**

Artikel I

Auf Grund der §§ 40 und 64 Abs. 3 des Landeslehrer-Dienstgesetzes, BGBl. Nr. 245/1962, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 171/

1966, Nr. 306/1975 und Nr. 261/1978 wird im Einvernehmen mit dem Bundeskanzler verordnet:

Die Landeslehrer-Amtstitelverordnung 1970, BGBl. Nr. 269, wird wie folgt geändert:

1. § 1 hat zu lauten:

„§ 1. (1) Den Landeslehrern kommen folgende Amtstitel zu:

Verwendungsgruppe und Schulart	ab Gehaltsstufe (§ 55 Abs. 1 des Gehaltsgesetzes 1956)	Dienstposten	Amtstitel
L 2a 1, L 2b 1 Volksschulen	— 10	Lehrer	Volksschullehrer Volksschuloberlehrer
	—	Leiter	Volksschuldirektor
L 2a 2 Hauptschulen	— 10	Lehrer	Hauptschullehrer Hauptschuloberlehrer
	—	Leiter	Hauptschuldirektor
L 2a 2 Sonderschulen (einschließlich Blinden- und Taubstummeninstitute)	— 10	Lehrer	Sonderschullehrer Sonderschuloberlehrer
	—	Leiter von als selbständige Schulen geführten Sonderschulen	Sonderschuldirektor
L 2a 2 Polytechnische Lehrgänge	— 10	Lehrer	Lehrer des Polytechnischen Lehrganges Oberlehrer des Polytechnischen Lehrganges
	—	Leiter von als selbständige Schulen geführten Polytechnischen Lehrgängen	Direktor des Polytechnischen Lehrganges
L 2a 2, L 2a 1 Berufsschulen	— 10	Lehrer	Berufsschullehrer Berufsschuloberlehrer
	—	Leiter	Berufsschuldirektor
L 2a 2, L 2a 1, L 2b 1, L 3 Lehrer für einzelne Gegenstände an Volksschulen, Hauptschulen, Sonderschulen (einschließlich Blinden- und Taubstummeninstituten), Polytechnischen Lehrgängen, Berufsschulen	— 10	Lehrer für den betreffenden Gegenstand	Lehrer mit einem das Unterrichtsfach bezeichnenden Zusatz: z. B. Religionslehrer, Sprachlehrer, Lehrer für Leibesübungen, Lehrer für Musikerziehung, Lehrer für Werkerziehung Oberlehrer mit demselben Zusatz: z. B. Religionsoberlehrer, Sprachoberlehrer, Oberlehrer für Leibesübungen, Oberlehrer für Musikerziehung, Oberlehrer für Werkerziehung

Verwendungsgruppe und Schulart	ab Gehaltsstufe (§ 55 Abs. 1 des Gehaltsgesetzes 1956)	Dienstposten	Amtstitel
L 1 Blinden- und Taubstummeninstitute	—	Lehrer  Leiter	Professor d. (unter Hinzufügung der Bezeichnung der Schule)  Direktor d. (unter Hinzufügung der Bezeichnung der Schule)

(2) Landeslehrern, die gemäß § 38 Abs. 7 des Landeslehrer-Dienstgesetzes zum Stellvertreter des Leiters einer Berufsschule bestellt werden, kommt für die Dauer dieser Bestellung der Amtstitel ‚Berufsschuldirektorstellvertreter‘ zu.“

2. § 2 hat zu entfallen.

3. § 4 hat zu lauten:

„§ 4. Anlässlich des Übertrittes oder der Versetzung in den dauernden Ruhestand kann besonders verdienten Volksschuloberlehrern, Hauptschuloberlehrern, Sonderschuloberlehrern, Oberlehrern des Polytechnischen Lehrganges und Berufsschuloberlehrern sowie Berufsschuldirektorstellvertretern von ihrer Dienstbehörde der für Leiter der betreffenden Schulart bestimmte Amtstitel verliehen werden.“

## Artikel II

(1) Diese Verordnung tritt mit 1. September 1978 in Kraft.

(2) Amtstitel, die vor dem Inkrafttreten dieser Verordnung auf Grund der Landeslehrer-Amtstitelverordnung 1970, BGBl. Nr. 269, verliehen wurden, sind bis zur Verleihung eines neuen Amtstitels nach dieser Verordnung in der Fassung des Artikels I weiterzuführen. § 4 der Landeslehrer-Amtstitelverordnung 1970 in der Fassung des Artikels I findet auch auf Lehrer Anwendung, die den Amtstitel Volksschulhauptlehrer, Hauptschulhauptlehrer, Sonderschulhauptlehrer, Hauptlehrer des Polytechnischen Lehrganges bzw. Berufsschulhauptlehrer führen.

Sinowatz

### 449. Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 11. August 1978 über die Aufbewahrungsfristen von in den Schulen zu führenden Aufzeichnungen

Auf Grund des § 77 des Schulunterrichtsgesetzes, BGBl. Nr. 139/1974, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 231/1977 wird verordnet:

§ 1. Es sind aufzubewahren:

- a) Schülerstammbücher sechzig Jahre nach der letzten Eintragung;
- b) Klassenbücher drei Jahre nach Ende des betreffenden Schuljahres;
- c) Prüfungsprotokolle über Prüfungen gemäß § 3 Abs. 6, §§ 6 bis 8, § 20 Abs. 2 bis 4, § 23, § 26 Abs. 2, § 29 Abs. 5, § 30 Abs. 3 und 4 sowie § 71 Abs. 5 des Schulunterrichtsgesetzes drei Jahre nach abgelegter Prüfung;
- d) Prüfungsprotokolle über Prüfungen gemäß den §§ 34 bis 41 des Schulunterrichtsgesetzes sechzig Jahre nach Abschluß der Prüfung; Beilagen zu diesen Prüfungsprotokollen jedoch nur drei Jahre nach Abschluß der Prüfung, sofern diese nicht

alleine die Prüfungsgebiete sowie die Teil- und Gesamtbeurteilungen belegen;

- e) Prüfungsprotokolle über Externistenprüfungen
  - aa) über den Nachweis der Beherrschung des Lehrstoffes aller Unterrichtsgegenstände einer Schulstufe oder einer Schulart (Form bzw. Fachrichtung einer Schulart) sechzig Jahre nach Abschluß der Prüfung,
  - bb) die einer Reife-, Befähigungs- oder Abschlußprüfung entsprechen sechzig Jahre nach Abschluß der Prüfung,
  - cc) über den Nachweis der Beherrschung des Lehrstoffes eines bestimmten Unterrichtsgegenstandes in einer bestimmten Schulstufe dreißig Jahre nach abgelegter Prüfung,
  - dd) über die nicht erfolgreiche Prüfung jedoch drei Jahre nach Abschluß der Prüfung.

Beilagen zu den in sublit. aa bis cc genannten Prüfungen jedoch nur drei Jahre nach Abschluß der Prüfung, sofern diese nicht allein die Prüfungsgebiete sowie die Beurteilungen in den Prüfungsgebieten sowie allfällige Gesamtbeurteilungen belegen.

§ 2. Soweit eine Aufzeichnung den Inhalt mehrerer im § 1 genannter Aufzeichnungen enthält, ist die jeweils längste Aufbewahrungsfrist anzuwenden.

§ 3. Die Aufzeichnungen einer öffentlichen Pflichtschule, die aufgelassen wird, sind von jener öffentlichen Pflichtschule zur Aufbewahrung bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist zu übernehmen, in deren Schulsprengel der Schulsprengel der aufzulassenden Schule im überwiegenden Ausmaß eingegliedert wird. Die Aufzeichnungen anderer Schulen, die aufgelassen werden, sind von der Schulbehörde erster Instanz zur Aufbewahrung bis zum Ablauf der Aufbewahrungsfrist zu übernehmen.

§ 4. Die Festlegung der Aufbewahrungsfristen für Erziehungsbögen, Gesundheitsblätter sowie in dieser Verordnung nicht genannte Aufzeichnungen obliegt dem zuständigen Landesschulrat.

§ 5. Diese Verordnung tritt mit 1. September 1978 in Kraft.

Sinowatz

#### **450. Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 11. August 1978, mit der der Samstag an einigen Übungsvolksschulen schulfrei erklärt wird**

Auf Grund des § 2 Abs. 8 des Schulzeitgesetzes, BGBl. Nr. 193/1964, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBl. Nr. 142/1978 wird verordnet:

Der Samstag wird an den Übungsvolksschulen folgender Pädagogischer Akademien schulfrei erklärt:

Pädagogische Akademie des Bundes in Kärnten,  
Pädagogische Akademie des Bundes in Niederösterreich,

Pädagogische Akademie mit Öffentlichkeitsrecht der Diözese St. Pölten in Krems an der Donau,

Pädagogische Akademie des Bundes in Oberösterreich,

Pädagogische Akademie mit Öffentlichkeitsrecht der Diözese Linz in Linz an der Donau,  
Pädagogische Akademie des Bundes in Salzburg,

Pädagogische Akademie des Bundes in Steiermark,

Pädagogische Akademie mit Öffentlichkeitsrecht der Diözese Graz-Seckau in Graz,

Pädagogische Akademie des Bundes in Wien.

Sinowatz

#### **451. Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 18. August 1978, mit der die Schulzeitverordnung geändert wird**

Auf Grund des § 2 Abs. 4 und des § 5 Abs. 2 des Schulzeitgesetzes, BGBl. Nr. 193/1964, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 468/1974 und 142/1978 wird verordnet:

##### **Artikel I**

Dem Artikel II der Schulzeitverordnung, BGBl. Nr. 262/1965, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 155/1970, 57/1975, 566/1975 und 638/1976 ist folgender § 11 anzufügen:

##### **„§ 11. Höhere land- und forstwirtschaftliche Lehranstalten**

(1) Für die höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten wird gemäß § 5 Abs. 2 des Schulzeitgesetzes folgende vom § 2 abweichende Regelung getroffen:

- a) Für die Schüler der 3. Jahrgänge der Fachrichtungen Allgemeine Landwirtschaft, Alpenländische Landwirtschaft, Gartenbau und Landtechnik in den Bundesländern Burgenland, Niederösterreich und Wien endet das Unterrichtsjahr am ersten Samstag im Juni, in den Bundesländern Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg am zweiten Samstag im Juni, der Fachrichtungen Landwirtschaftliche Frauenberufe und Forstwirtschaft in den Bundesländern Burgenland, Niederösterreich und Wien am dritten Samstag im April, in den Bundesländern Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg am vierten Samstag im April, der Fachrichtung Wein- und Obstbau am dritten Freitag im März.
- b) Für die Schüler der 4. Jahrgänge der Fachrichtungen Allgemeine Landwirtschaft, Alpenländische Landwirtschaft und Landtechnik in den Bundesländern Burgenland, Niederösterreich und Wien beginnt das Schuljahr am ersten Montag im November, in den Bundesländern Kärnten, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Tirol und Vorarlberg am zweiten Montag im November.

(2) Folgende Tage des Unterrichtsjahres sind schulfrei: Der 23. Dezember und der 7. Jänner.“

##### **Artikel II**

Diese Verordnung tritt mit 1. September 1978 in Kraft.

Sinowatz

**452. Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 18. August 1978, mit der die Verordnung über die Schulzeit an den Pädagogischen und den Berufspädagogischen Akademien sowie den Akademien für Sozialarbeit geändert wird**

Auf Grund des § 5 Abs. 1 des Schulzeitgesetzes, BGBl. Nr. 193/1964, in der Fassung der Bundesgesetze BGBl. Nr. 468/1974 und 142/1978 wird verordnet:

**Artikel I**

Die Verordnung des Bundesministers für Unterricht und Kunst vom 10. März 1977, BGBl. Nr. 142, über die Schulzeit an den Pädagogischen und den Berufspädagogischen Akademien sowie den Akademien für Sozialarbeit wird wie folgt geändert:

1. Im Titel der Verordnung ist nach den Worten „Berufspädagogischen Akademien“ ein Beistrich zu setzen und die Worte „den land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Lehranstalten“ einzufügen.

2. § 1 hat zu lauten:

„§ 1. Diese Verordnung gilt für die Pädagogischen Akademien — ausgenommen die ihnen eingegliederten Übungsschulen —, die Berufspädagogischen Akademien, die land- und forstwirtschaftlichen berufspädagogischen Lehranstalten, die Akademien für Sozialarbeit sowie die Lehrgänge zur Vorbereitung auf Lehramtsprüfungen für das Lehramt an hauswirtschaftlichen Berufsschulen, die am Berufspädagogischen Institut des Bundes in Vorarlberg geführt werden.“

3. Der Abs. 6 des § 2 hat zu lauten:

„(6) Der Direktor kann in jedem Semester insgesamt höchstens zehn Tage für die Immatrikulation und Inskription sowie zur Abhaltung von Prüfungen unterrichtsfrei erklären, soweit dies aus organisatorischen Gründen erforderlich ist.“

**Artikel II**

Diese Verordnung tritt mit 1. September 1978 in Kraft.

Sinowatz



## AMTLICHE SAMMLUNG WIEDERVERLAUTBARER ÖSTERREICHISCHER RECHTSVORSCHRIFTEN

Folgende Hefte sind lagernd:

<b>1945:</b>		Heft 7: Feiertagsruhegesetz 1957 ..... S 8—
Heft 3: Vergnügungssteuergesetz für Wien .... S 1—		Heft 8: Hausbesorgerordnung 1957 ..... S 6—
<b>1949:</b>		Heft 9: Gebührengesetz 1957 ..... S 28—
Heft 1: Wohnungsanforderungsgesetz 1949 .... S 1:50		<b>1958:</b>
Heft 2: Lastverteilungsgesetz 1949 ..... S 1:20		Heft 1: Arbeitslosenversicherungsgesetz 1958 —
Heft 3: Wuchergesetz 1949 ..... S 1—		AIVG. 1958 ..... S 8—
Heft 4: Jugendgerichtsgesetz 1949 ..... S 2—		<b>1959:</b>
Heft 5: Staatsbürgerschaftsrecht 1949 ..... S 1:50		Heft 1: Arbeiterurlaubsgesetz 1959 ..... S 2:80
Heft 6: Gesetz über die bedingte Verurteilung 1949 ..... S 1:20		Heft 2: Nationalrats-Wahlordnung 1959 ..... S 35—
<b>1950:</b>		Heft 3: Wasserrechtsgesetz 1959 — WRG. 1959. S 50—
Heft 2/3: Verwaltungsverfahren		Heft 4: Kartellgesetz 1959 ..... S 15—
Agrarverfahrens-Gesetz ..... S 15—		<b>1960:</b>
Heft 4: Wiedereinstellungsgesetz 1950 ..... S 4—		Heft 1: Strafprozeßordnung 1960 ..... S 16—
Heft 5: Epidemiegesetz 1950 ..... S 7—		<b>1961:</b>
Heft 6: Preisregelungsgesetz 1950 ..... S 4—		Heft 1: Heimarbeitsgesetz 1960 ..... S 62—
<b>1951:</b>		<b>1962:</b>
Heft 1: Agrarbehördengesetz 1950 ..... S 2—		Heft 1: Nationalrats-Wahlordnung 1962 ..... S 44—
Heft 2: Todeserklärungsgesetz 1950 ..... S 3—		Heft 2: Bundespräsidenten-Wahlgesetz 1962 ... S 12—
Heft 3: Paßgesetz 1951 ..... S 6—		Heft 3: Volksabstimmungsgesetz 1962 ..... S 14—
Heft 4: Kraftloserklärungsgesetz 1951 ..... S 4—		Heft 4: Gerichtliches Einbringungsgesetz 1962
Heft 5: Abgabeneinhebungsgesetz 1951 ..... S 4:50		(GEG. 1962) ..... S 10—
Heft 6: Rechtsvorschriften auf dem Gebiete der		Heft 5: Gerichts- und Justizverwaltungsge-
Bodenreform ..... S 16—		bührengesetz 1962 (GJGebGes. 1962). S 40—
Heft 7: Arbeitshausgesetz 1951 ..... S 5—		<b>1964:</b>
Heft 9: Suchtgiftgesetz 1951 ..... S 4—		Heft 1: Hebammengesetz 1963 ..... S 12—
Heft 10: Giftgesetz 1951 ..... S 6—		Heft 2: Mühlengesetz 1963 ..... S 14—
Heft 11: Lebensmittelgesetz 1951 ..... S 14—		<b>1965:</b>
<b>1952:</b>		Heft 1: Verwaltungsgerichtshofgesetz —
Heft 1: Verwaltungsgerichtshofgesetz —		VwGG. 1965 ..... S 26—
Heft 2: Lebensmittelbewirtschaftungs-		Heft 2: Gebührenanspruchsgesetz 1965 —
gesetz 1952 ..... S 7—		GebAG. 1965 ..... S 30—
Heft 3: Feuerschutzsteuergesetz 1952 ..... S 4—		<b>1968:</b>
Heft 4: Lastverteilungsgesetz 1952 ..... S 6—		Heft 1: Marktordnungsgesetz 1967 ..... S 40—
<b>1953:</b>		<b>1970:</b>
Heft 2: Invalideneinstellungsgesetz 1953 ..... S 7:50		Heft 1: Wählerevidenzgesetz 1970 ..... S 18—
Heft 3: Beförderungsteuergesetz 1953 ..... S 5—		Heft 2: Nationalrats-Wahlordnung 1970 ..... S 62—
Heft 4: Markenrecht ..... S 11—		Heft 4: Markenschutzgesetz 1970 ..... S 32—
Heft 5: Musterschutzgesetz 1953 ..... S 5:50		Heft 5: Musterschutzgesetz 1970 ..... S 18—
Heft 6: Verfassungsgerichtshofgesetz —		<b>1971:</b>
VerfGG. 1953 ..... S 12—		Heft 1: Bundespräsidentenwahlgesetz 1971..... S 22—
Heft 7: Versammlungsgesetz 1953 ..... S 3:50		<b>1972:</b>
Heft 8: Sozialversicherungs-Überleitungs-		Heft 1: Bundesgesetz über das Bundesgesetz-
gesetz 1953 — SV-ÜG. 1953 ..... S 28—		blatt 1972 ..... S 12—
Heft 9: Verwaltergesetz 1952 ..... S 7—		<b>1973:</b>
Heft 10: Wohnungsanforderungsgesetz 1953 .... S 10—		Heft 1: Volksabstimmungsgesetz 1972 ..... S 30—
<b>1956:</b>		Heft 2: Volksbegehrengesetz 1973 ..... S 28—
Heft 2: Milchwirtschaftsgesetz 1956 ..... S 7:50		Heft 3: Wählerevidenzgesetz 1973 ..... S 30—
Heft 3: Getreidewirtschaftsgesetz 1956 ..... S 6:50		<b>1975:</b>
Heft 4: Viehverkehrsgesetz 1956 ..... S 6:50		Heft 1: Strafprozeßordnung 1975 (StPO) ..... S 88—
<b>1957:</b>		<b>1977:</b>
Heft 1: Nationalrats-Wahlordnung 1957 ..... S 17—		Heft 1: Arbeitslosenversicherungsgesetz 1977
Heft 2: Bundespräsidenten-Wahlgesetz 1957 ... S 7—		(AIVG) ..... S 44—
Heft 3: Bauarbeiter-Urlaubsgesetz 1957 ..... S 4:50		<b>1978:</b>
Heft 5: Preisregelungsgesetz 1957 ..... S 10—		Heft 1: Wehrgesetz 1978 ..... S 65—
Heft 6: Rechtsvorschriften auf dem Gebiete		
des Kriegspopferversorgungswesens ... S 26—		

Zu beziehen in der Österreichischen Staatsdruckerei — Wiener Zeitung  
Wien III, Rennweg 12 a (Postleitzahl 1037), Tel. 72 61 51, und durch alle Buchhandlungen